



#### **KREISGESCHÄFTSSTELLE**

**Sprecherinnen:  
Claudia Wilke  
Stefanie Weigand**

Marktstr. 1  
31224 Peine  
Tel: +49 5171 13118

Kreisverband@gruene-peine.de  
www.gruene-peine.de

Peine, Juni 2021 12.06.21

## ***Beschluss der Kreismitgliederversammlung Grüne Selbstverpflichtung für einen fairen Kommunalwahlkampf 2021***

Freie Wahlen sind die Grundlage unserer Demokratie. Wahlen dürfen nicht durch unfaire Angriffe und undurchsichtige Mittel im Wahlkampf beeinflusst werden. Wir streiten leidenschaftlich für unsere Werte und Ziele - bei der Bundestagswahl genauso wie bei den Kommunalwahlen im Landkreis Peine. Dies kann auch kontrovers und zugespitzt in den Botschaften und Aktionen ausgetragen werden – aber es muss immer fair bleiben. Dafür setzen wir uns im Bundestagswahlkampf genauso wie für die Kommunalwahlen 2021 ein.

Das gilt insbesondere für den digitalen Wahlkampf in den Sozialen Medien. Es fehlen bisher bundesweite gesetzliche Verpflichtungen gerade für den Online-Wahlkampf. Wie der Bundesverband von Bündnis 90/Die Grünen für die Bundestagswahl legen wir als Grünen-Kreisverband Peine eine Selbstverpflichtung für einen fairen Kommunalwahlkampf vor. Sie ist Richtschnur für unsere Parteigliederungen, Mitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer. Zugleich werben wir bei den anderen Parteien im Peiner Land auf dieser Grundlage für eine gemeinsame Selbstverpflichtung - oder zumindest für vergleichbare eigene Leitlinien für einen fairen Wahlkampf.

### ***Leitlinien der Grünen im Kreis Peine für einen fairen Wahlkampf 2021***

1. Demokratie lebt vom Mitmachen. Es geht darum, offen und respektvoll um die richtigen Lösungen zu ringen. Wir machen immer klar erkennbar, wenn wir Urheber einer Wahlkampfbotschaft sind – auf Plakaten, im Internet und auch bei bezahlter Werbung. Wir geben bei Bedarf öffentlich (z.B. an Medien) Auskunft insbesondere über digitale Werbemaßnahmen. Die vielfältigen Möglichkeiten im Internet zur gezielten Werbung bei Zielgruppen werden wir - wie die Grünen bundesweit - nur sehr beschränkt (für die Merkmale Alter, Ort, Geschlecht und Interessen) nutzen. Medien haben selbstverständlich freien Zugang zu unseren öffentlichen Online-Angeboten und öffentlichen Veranstaltungen.

2. Wir führen den Wahlkampf mit Fakten und Argumenten. Dem Verbreiten von Falschmeldungen, gefälschten Zitaten, persönlichen Diffamierungen und Lügen stellen wir uns entschieden entgegen. Wir lehnen es ab, sensible persönliche Informationen zur eigenen Profilierung zu gebrauchen. Bei Veröffentlichungen durch Dritte, erkundigen wir uns im Zweifel zunächst bei den Betroffenen, ob die Meldung wahr ist und ob sie durch Manipulation oder durch die Nutzung entwendeter Daten entstand. Auch die Berichterstattung von Journalist\*innen und Medien, die journalistische Gütekriterien einhalten, spielt für uns eine wichtige Rolle im Kampf gegen Falschdarstellungen.

3. Wir lehnen technischen Möglichkeiten zur automatisierten versteckten Propaganda und Desinformation (sogenannte Social Bots) ab. Damit wird die öffentliche Meinung künstlich verzerrt. Alle genutzten Kommunikationssysteme werden klar gekennzeichnet.

4. Wir informieren auf den sozialen Plattformen und setzen auf Dialog mit den Nutzer\*innen. Themenbezogene Aktionen zu politischen Positionen sind ein legitimes Mittel, um möglichst viele Menschen im Netz auf Themen und Forderungen hinzuweisen und in den Dialog zu treten. Wir nutzen die Möglichkeiten im Rahmen der hohen deutschen und europäischen Datenschutzstandards. Wir lehnen es ab, Fake-Follower, Likes oder Kommentare für Social Media-Seiten zu kaufen. Bezahlte Werbung muss klar erkennbar sein. Wo immer Einzelpersonen im Auftrag unserer Partei kommentieren, machen wir das als Äußerung der Partei oder durch den Hinweis auf das Arbeitsverhältnis kenntlich.

5. Antisemitische, rassistische, sexistische, verleumderische, beleidigende und gewaltverherrlichende Inhalte und Kommentare dulden wir auf unseren Seiten nicht. Das gilt auch für Verschwörungsideologien. Unsere Social-Media-Redakteur\*innen werden Verstöße und strafbare Meinungsäußerungen möglichst zeitnah löschen und ggf. auch mit einer Strafanzeige ahnden. Dies kann dazu führen, dass wir Nutzer\*innen blockieren müssen. Wir behalten uns rechtliche Schritte vor, wenn gegen das Recht am eigenen Bild oder Ton verstoßen wird oder um gegen Unwahrheiten vorzugehen. Unwahren Behauptungen aus den eigenen Reihen treten wir entschieden entgegen.

6. Für Mitglieder, die von Angriffen von Rechts betroffen sind, haben die Grünen bundesweit eine Anlaufstelle geschaffen. Über Falschmeldungen zu unserer Partei und unseren Kandidat\*innen klären wir auf und bieten eine Möglichkeit, diese zu melden.

7. Wir wollen die demokratische Auseinandersetzung stärken und lehnen Störaktionen im Wahlkampf und Vandalismus an Wahlkampfplakaten ab.